

Pressemitteilung

Nr. 066/19 vom 05.07.2019

Aus- und Weiterbildung

Land und kommunale Studieninstitute unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

*Lange: Erste Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst seit
25 Jahren kurz vor dem Start*

Potsdam - Im September startet an der Landesakademie für öffentliche Verwaltung (LAKöV) die Ausbildung für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst. Dazu arbeitet die Landesakademie mit der Brandenburgischen Kommunalakademie (BKA) und dem Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung (NLSI) zusammen. Heute haben Innenstaatssekretärin **Katrin Lange** und LAKöV-Leiter **Andreas Donderski** in Potsdam die Kooperationsvereinbarungen mit den Vertretern der Studieninstitute unterzeichnet.

Innenstaatssekretärin Katrin Lange: *„Erstmals seit 25 Jahren bildet das Land ab September wieder im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst aus. Das ist auch dringend erforderlich, um die Verwaltung zu verjüngen und sie personell gut für die Zukunft aufzustellen. Eine leistungsfähige Verwaltung ist auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Die vereinbarte Zusammenarbeit mit den kommunalen Studieninstituten trägt dazu wesentlich bei. Wir legen damit auch das Fundament für eine langfristige Kooperation insbesondere beim Austausch von Dozentinnen und Dozenten.“*

Für die Brandenburgische Kommunalakademie unterzeichneten der stellvertretende Vorsitzende der Verbandsversammlung **André Köppen**, und Vorstandsvorsteher und Landrat **Roger Lewandowski**. Lewandowski sagte: *„Um die Verwaltungen zukunftsfest zu machen, ist es zwingend erforderlich, auf gut ausgebildetes Personal zurückgreifen zu können. Dazu bietet es sich an, die Kompetenzen der kommunalen Bildungseinrichtungen einzubinden. Bereits in der Vergangenheit hat die BKA mit Weitsicht beispielsweise durch die Kreierung eines eigenen Studienganges für die Ausbildung für den gehobenen Dienst auf einem qualitativ hohen Niveau ihre Leistungsfähigkeit und Innovationskraft unter Beweis gestellt. Ich freue*

mich deshalb auf die Zusammenarbeit auch mit Blick auf vielleicht weitere Projekte in der Zukunft.“

Für das Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung unterschrieben der Vorsitzende der Verbandsversammlung, Landrat **Stephan Loge** und Verbandsvorsteher und Landrat **Rolf Lindemann**. Lindemann sagte: *„Die kommunalen Studieninstitute verfügen über eine 25-jährige Ausbildungserfahrung, auch bei der Statusgruppe der Beamten. Wir haben damit unsere Leistungsfähigkeit über all die Jahre unter Beweis gestellt und zwar sowohl was die Angestellten- als auch die Beamtenausbildung anbelangt. Wir halten eine Kooperation gerade in der Laufbahn des mittleren Dienstes für ausgesprochen sinnvoll. Es würde sich mit Blick auf die Anwärterzahlen nicht wirtschaftlich darstellen lassen, wenn Kommunalebene und Landesebene jeweils aus purer Eigenständigkeit aufwändige Ausbildungssysteme vorhielten.“*

Das Kabinett hatte vor einem Jahr beschlossen, die Laufbahnausbildung für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst zum September 2019 wiederaufzunehmen. Die fachtheoretische Ausbildung sowie die Unterbringung der 42 Anwärterinnen und Anwärter soll grundsätzlich an der Landesakademie für öffentliche Verwaltung auf dem Campus des Aus- und Fortbildungszentrums Königs Wusterhausen erfolgen. Am dortigen Standort ist die Infrastruktur für Laufbahnausbildung derzeit im Aufbau.

Die beiden kommunalen Studieneinrichtungen werden einen Teil der Lehrveranstaltungen der Ausbildung übernehmen. Dazu werden zwei Klassen gebildet. Die Lehrveranstaltungen, die die BKA für die LAKöV durchführt, finden in den Räumen der BKA in Potsdam statt. Die BKA wird auch bei der gegebenenfalls erforderlichen Beschaffung von Unterkünften für die Anwärter in Potsdam behilflich sein. Die Lehrveranstaltungen, die das NLSI für die LAKöV durchführt, finden in Räumen der LAKöV oder in angemieteten Räumen in Königs Wusterhausen statt.

Die Ausbildungsdauer beträgt zweieinhalb Jahre und umfasst mindestens 1.500 Unterrichtsstunden pro Jahr. Nach dem Start in diesem Jahr sollen im kommenden Jahr nochmals 43 Anwärterinnen und Anwärter im Beamtenverhältnis auf Widerruf eingestellt werden.

* * *